

Kleine Anfrage Bühler vom 4. April 1946:

Die Verhandlungen zwischenstaatlichen Zahlungsabkommen mit dem Aus-
lande betreffen oft keine oder nur beschränkte Transfermöglichkeiten
für die Umlaufgelder, Ersparnisgelder, Renten, Vertreter-Gehälter, Exporten usw.

Dienstag, 28. Mai 1946.

Kleine Anfrage Bühler.

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 23. Mai 1946.

Die von Herrn Nationalrat Bühler am 4. April 1946 ein-
gereichte Kleine Anfrage betr. den Ersparnistransfer der Aus-
landschweizer wird wie folgt genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat.

Protokollauszug an das Volkswirtschaftsdepartement
(Departementsvorsteher, Generalsekretariat, Handelsabteilung
8 Expl.), an das Politische Departement und an das Sekre-
tariat der Bundesversammlung zur Kenntnis.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

Ch. Oser

Die Regelung bedingt bei der Lösung in allen Ländern mit
wenigen Ausnahmen bestehenden Devisenbeschränkungen Schwierigkei-
ten. Die Devisenlage der meisten in Frage kommenden Staaten ist
katastrophal. Der Widerstand ihrer Volkswirtschaft stellt Devisen-
beschaffungsprobleme, welche ihre Devisenbestände und Devisenbe-
schaffungsmöglichkeiten bei weitem nicht zu decken sind und nötigt
sie vielfach, Forderungen zu begründen, um zur den
dringendsten Notwendigkeiten Rechnung tragen zu können. Wenn wir
von ihnen den Ersparnistransfer für unsere Landsleute verlangen,
so bedeutet dies, dass wir möglichst unserer Landsleute und zur
Zwecke einer entsprechenden Besserstellung derselben gegenüber
den eigenen Staatsangehörigen in entsprechendem Umfang ihre eig-
ne Devisenbedürfnisse für den Wiederkauf zurückstellen müssen.
Dabei ist nicht unser Willen zu lassen, dass wir in diesem Wieder-
kauf selbst ein nicht geringes Interesse haben. Es von uns
verschiedenen Staaten zum Zwecke der Erschöpfung des Wiederkauf-
bedürfnisses ihrer Wirtschaft gewährten Kredithilfe legt häufig Vorbehalte
auf, die diesen Wiederkauf bildet eine wichtige Voraussetzung
für die Aufrechterhaltung und den Ausbau unseres Wirtschaftswen-
dels mit den betreffenden Ländern. Er ist nicht zuletzt auch für
die Entwicklung unserer Auslandschweizer-Beziehungen von grosser
Bedeutung.



Kleine Anfrage Bühler vom 4. April 1946.

In unsern zwischenstaatlichen Zahlungsabkommen mit dem Auslande bestanden oft keine oder nur beschränkte Transfermöglichkeiten für die Ueberweisung von Ersparnissen, Erziehungsgeldern, Renten, Vertreter-Provisionen auf schweizerischen Exporten usw. unserer Landsleute im Auslande. Diese Erfahrungen machen vielen heutigen und zukünftigen Auslandschweizern grösste Sorge und sind eine ergiebige Quelle der Unzufriedenheit unter den Rückwanderern.

Welche Massnahmen hat der Bundesrat getroffen oder in Aussicht genommen, um den obenerwähnten "Ersparnistransfer" für die im Auslande lebenden Schweizer sowohl in den kürzlich abgeschlossenen, wie auch in allen zukünftigen zwischenstaatlichen Zahlungsabkommen der Schweiz sicherzustellen und zu präferenzieren? Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die Realisierung dieses Postulates für den Neuaufbau unserer Auslandschweizerkolonien und für die Vertiefung und Festigung ihrer Verbindung mit dem Heimatland von grosser Bedeutung ist?

Antwort des Bundesrates.

Der Bundesrat ist sich der grossen Bedeutung voll bewusst, welche den Transfermöglichkeiten nach der Heimat für die von unsern Landsleuten im Ausland erworbenen Ersparnisse zukommt. Diesem Transfer stehen die in den meisten in Frage kommenden Ländern immer noch bestehenden Devisenmassnahmen im Wege, die unsern Landsleuten den Erwerb von Schweizerfranken für die Heimschaffung ihrer Ersparnisse verunmöglichen. Durch zwischenstaatliche Vereinbarungen wird versucht, den Weg für diesen Ersparnistransfer zu öffnen oder bestehende Möglichkeiten den Bedürfnissen unserer Landsleute entsprechend auszubauen.

Die Regelung begegnet bei der heute in allen Ländern mit wenigen Ausnahmen bestehenden Devisennot grössten Schwierigkeiten. Die Devisenlage der meisten in Frage kommenden Staaten ist katastrophal. Der Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaft stellt Devisenanforderungen, welchen ihre Devisenbestände und Devisenbeschaffungsmöglichkeiten bei weitem nicht gewachsen sind und nötigt sie vielfach, fremde Kredithilfe zu beanspruchen, um nur den dringendsten Notwendigkeiten Rechnung tragen zu können. Wenn wir von ihnen den Ersparnistransfer für unsere Landsleute verlangen, so bedeutet dies, dass sie zugunsten unserer Landsleute und zum Zwecke einer ausgesprochenen Besserstellung derselben gegenüber den eigenen Staatsangehörigen in entsprechendem Umfang ihre eigene Devisenbedürfnisse für den Wiederaufbau zurückstellen müssen. Dabei ist nicht ausser acht zu lassen, dass wir an diesem Wiederaufbau selbst ein nicht geringes Interesse haben. Die von uns verschiedenen Staaten zum Zwecke der Erleichterung des Wiederaufbaus ihrer Wirtschaft gewährte Kredithilfe legt hiefür beredtes Zeugnis ab. Dieser Wiederaufbau bildet eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und den Ausbau unseres Wirtschaftsverkehrs mit den betreffenden Ländern. Er ist nicht zuletzt auch für die Entwicklung unserer Auslandschweizer-Kolonien von grösster Bedeutung.

Die erwähnten Schwierigkeiten können uns nicht davon abhalten, mit allen Kräften das Ziel, für unsere Landsleute im Ausland einen befriedigenden Ersparnistransfer zu erwirken, weiter zu verfolgen. Sie erklären jedoch, weshalb wir nicht immer die volle Berücksichtigung unserer Begehren sofort durchsetzen können. Wo wir uns vorläufig mit Teilerfolgen zufrieden geben müssen, wird alles daran gesetzt, diese sukzessive weiter auszubauen, sobald die Entwicklung der Verhältnisse es erlaubt.

Unsere Delegationen für die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland sind angewiesen, bei allen Verhandlungen dem Ersparnistransfer zugunsten unserer Landsleute im Ausland die grösste Aufmerksamkeit zu schenken und sich energisch dafür einzusetzen. Sie haben in den verschiedenen Zahlungsabkommen der letzten Zeit bereits ganz wesentliche Zugeständnisse auf diesem Gebiete erreicht, wie z.B. die Regelung des Transfers von Renten, Pensionen, Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen und dergleichen. Auch für den Reiseverkehr, für den die im Wiederaufbau begriffenen Staaten nur mit grössten Hemmungen Devisen freigeben, konnten wenigstens für die wichtigsten, unsere Landsleute interessierenden Ueberweisungen Transfermöglichkeiten vorgesehen werden. Es betrifft dies insbesondere die Ueberweisungen für Erziehungs-, Studien- und Kuraufenthalte. Dagegen war es vorläufig noch nicht durchwegs möglich, auch für gewöhnliche Erholungs- und Ferienaufenthalte die erforderlichen Devisenzugeständnisse zu erwirken, doch sind auch hier Zusicherungen für den Fall einer Besserung der Verhältnisse erreicht worden.

Im Finanzverkehr konnte in den neuen Abkommen mit wenigen Ausnahmen, wo eine Regelung für später vorbehalten werden musste, der Transfer der Ertragnisse schweizerischer Vermögensanlagen im betreffenden Lande teils voll, teils vorläufig wenigstens in einem gewissen Umfang vorgesehen werden mit Einschluss der Ertragnisse des Vermögens der in die Heimat zurückgekehrten Auslandsschweizer. Auch für die Heimschaffung des im Ausland erworbenen Kapitals der schweizerischen Rückwanderer gelang es, gewisse Transfermöglichkeiten auszubedingen, die allerdings zum Teil auf die Ueberweisung des für den Lebensunterhalt Erforderlichen beschränkt sind. Mit verschiedenen Staaten wurde vereinbart, dass Kapitalguthaben und im betreffenden Land erworbene Ersparnisse daselbst niedergelassener Schweizerbürger, die endgültig nach der Heimat zurückkehren, grundsätzlich zum Transfer zugelassen werden, aber unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten im Einzelfall. Für das Ausmass der Ueberweisungen wird die jeweilige Finanzlage im betreffenden Zahlungsverkehr massgebend sein.

Bei Anlass der künftigen Wirtschaftsverhandlungen werden sich unsere Delegationen bemühen, den Ersparnistransfer nach Möglichkeit zu erweitern und auszubauen. Der Erfolg wird wesentlich von der Entwicklung des Handels- und Zahlungsverkehrs mit den einzelnen Ländern abhängen. Der Bundesrat wird nach wie vor dem Problem seine volle Aufmerksamkeit schenken und für die Wahrung der Interessen unserer Landsleute im Ausland tun, was im Bereich des Möglichen liegt.

Question Bühler du 4 avril 1946.

Dans les conventions de clearing que la Suisse a conclues avec d'autres Etats, on a négligé souvent de prévoir, en faveur de nos compatriotes à l'étranger, des possibilités de transfert monétaire pour les épargnes, les frais de séjour dans nos établissements d'instruction, les rentes, les commissions aux représentants qui s'occupent de notre exportation, etc. En tout cas, ces possibilités sont limitées. Cette lacune cause de gros soucis aux Suisses à l'étranger; elle provoque un grand mécontentement chez ceux qui sont rentrés au pays et elle donne à réfléchir à ceux qui voudraient s'expatrier.

Quelles dispositions le Conseil fédéral a-t-il prises, ou a-t-il envisagées, afin que dans les conventions de clearing internationales récemment conclues et dans toutes celles qui seront conclues à l'avenir, on garantisse, pour les Suisses à l'étranger, ce "transfert d'épargnes"?

Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas, lui aussi, qu'il y a là une importante condition à remplir pour que puissent prospérer de nouveau les colonies suisses à l'étranger et se resserrer leurs liens avec le pays?

Réponse du Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral est pleinement conscient de l'importance que revêt pour nos compatriotes à l'étranger la possibilité de transférer leurs économies dans leur patrie. Pour la plupart des pays entrant en ligne de compte, ce transfert se heurte aux mesures de contrôle des devises prises par ces pays, mesures qui interdisent à nos compatriotes d'acquérir les francs suisses requis pour le rapatriement de leurs économies. Par le moyen de conventions bilatérales, on cherche à ouvrir une voie au transfert de ces économies, ou si elle existe déjà, à l'élargir en vue de l'adapter aux besoins de nos compatriotes.

Par suite du manque de devises qui se fait sentir, à peu d'exceptions près dans tous les pays, la solution du problème posé par le transfert des économies rencontre les plus grandes difficultés. En effet, le bilan des devises de la plupart des Etats considérés s'établit de manière catastrophique. La reconstruction d'économie dans les Etats en question exige la mise en oeuvre de quantités de devises dépassant largement leurs disponibilités et leur possibilité de se procurer de nouvelles devises. Ces Etats se trouvent même souvent obligés de faire appel au crédit étranger pour faire face à leurs besoins les plus urgents. Leur demander d'autoriser nos compatriotes à transférer leurs économies, c'est leur demander de réduire les quantités de devises qu'ils pourraient affecter à leur reconstruction économique et de mettre nos compatriotes dans une situation privilégiée par rapport à leurs propres ressortissants. Il convient de ne pas oublier non plus que cette reconstruction présente pour nous un intérêt indéniable. L'aide que nous avons cherché à apporter à divers Etats pour leur reconstruction en leur accordant des crédits en est d'ailleurs un témoignage éloquent. En effet, cette reconstruction est une des conditions primordiales pour le maintien et l'extension de notre trafic commercial avec les pays en cause. Elle est aussi d'une importance capitale pour le développement des colonies suisses à l'étranger.

Ces difficultés ne nous empêchent pas de chercher par tous les moyens une solution satisfaisante du problème du rapatriement des économies de nos compatriotes. Mais elles font comprendre pourquoi il ne nous est pas toujours possible de faire admettre d'emblée nos

revendications. Si, dans certains cas, il a fallu se contenter provisoirement de solutions incomplètes, il n'est pas moins vrai que tous nos efforts tendent à les élargir successivement, dès que les circonstances le permettent.

Les délégations suisses chargées de mener les négociations économiques avec l'étranger ont reçu pour instructions de vouer la plus grande attention à la question du rapatriement des économies de nos compatriotes et de mettre tout en oeuvre pour défendre ces intérêts au cours des pourparlers. Des concessions importantes ont pu être obtenues dans les différents accords de paiements conclus ces derniers temps. C'est ainsi que des solutions satisfaisantes ont pu être trouvées pour le transfert de rentes, pensions, secours, frais d'entretien et autres paiements similaires. De même dans le secteur du tourisme, pour lequel les Etats occupés à la reconstruction ne libèrent des devises qu'avec la plus grande parcimonie, il a été possible d'obtenir des possibilités de transfert au moins pour les catégories de paiements intéressant plus spécialement nos compatriotes, en particulier pour les frais de séjour d'études et les frais de cure. En revanche, nous n'avons, jusqu'à ce jour, pas toujours pu obtenir des concessions similaires en ce qui concerne les séjours de vacances ou de repos. Certains Etats, qui, par suite du bilan défavorable de leur trafic des paiements extérieurs, ne pouvaient se résoudre à accorder des facilités de ce genre pour le tourisme ont pris l'engagement de réviser leur attitude dès que cette situation s'améliorera.

Pour les paiements de caractère financier, les derniers accords (à part de rares exceptions où le règlement de ces questions a dû être ajourné) ont permis de procurer aux propriétaires en Suisse de capitaux placés à l'étranger la faculté de transférer tout ou partie des revenus de ces capitaux et d'étendre cette faculté à nos compatriotes rentrés de l'étranger. Certaines possibilités ont même pu être obtenues pour le transfert des capitaux appartenant à des Suisses rapatriés. Ces possibilités sont toutefois limitées en général au capital nécessaire au rapatrié pour son entretien et celui de sa famille. Dans cette question, il a été convenu avec différents pays que les économies faites par des ressortissants suisses durant leur séjour à l'étranger ainsi que leurs capitaux sont en principe admis au transfert une fois que leur propriétaire a définitivement regagné la Suisse, mais que le transfert ne peut avoir lieu dans chaque cas qu'avec l'agrément préalable des deux pays contractants. La quotité admise au transfert est déterminée d'après l'état des paiements entrant en ligne de compte.

Au cours des futurs pourparlers économiques, nos délégations chercheront à améliorer dans la mesure du possible les conditions de transfert en faveur de nos compatriotes à l'étranger. Mais le résultat de ces efforts dépendra avant tout de l'évolution du trafic commercial et financier de chacun des pays avec qui nous avons conclu des accords. Le Conseil fédéral vouera comme par le passé toute son attention à ce problème et s'emploiera, dans la mesure du possible, à sauvegarder les intérêts de nos compatriotes à l'étranger.